

Gericht/Institution: Europäischer Gerichtshof für
Menschenrechte

Quelle: 

Erscheinungsdatum: 26.11.2015

Entscheidungsdatum: 26.11.2015

Aktenzeichen: 3690/10

Abtreibungsgegner erfolgreich vor dem EGMR

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden, dass das von den deutschen Gerichten gegen einen Abtreibungsgegner verhängte Verbot, in der Nähe einer Tagesklinik Flugblätter gegen Abtreibung zu verteilen und die Namen der behandelnden Ärzte auf seiner Webseite zu nennen, europarechtswidrig ist.

Die Beschwerde betraf das von den deutschen Gerichten gegen einen Abtreibungsgegner verhängte Verbot, in der Nähe einer Tagesklinik Flugblätter gegen Abtreibung zu verteilen und die Namen der behandelnden Ärzte auf seiner Webseite zu nennen.

Der Beschwerdeführer hatte die Flugblätter im Juli 2005 u.a. in unmittelbarer Nachbarschaft einer Tagesklinik, die Abtreibungen durchführte, verteilt. Auf der ersten Seite des Faltblattes stand in Fettdruck, dass die Klinik der beiden behandelnden Ärzte, deren vollständige Namen genannt wurden, "rechtswidrige Abtreibungen" durchführe. Darunter wurde in kleinerer Schriftgröße ausgeführt, dass diese vom deutschen Gesetzgeber "erlaubt und nicht unter Strafe" gestellt seien. Die Rückseite des Faltblattes enthielt folgenden Satz: "Die Ermordung der Menschen in Auschwitz war rechtswidrig, aber der moralisch verkommene NS-Staat hatte den Mord an den unschuldigen Menschen erlaubt und nicht unter Strafe gestellt." Das Flugblatt verwies außerdem auf die Webseite des Beschwerdeführers, babycaust.de, die in einer Adressliste von "Abtreibungsärzten" die vollständigen Namen der beiden behandelnden Ärzte der Tagesklinik aufführte.

Vor dem EGMR machte der Beschwerdeführer geltend, dass das von den deutschen Gerichten verhängte Verbot der Verbreitung der Flugblätter und der Nennung der Namen der Ärzte auf seiner Webseite sein Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt habe. Er berief sich auf Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

Der EGMR hat eine Verletzung von Art. 10 EMRK festgestellt.

Nach Auffassung des EGMR ist sein Recht auf freie Meinungsäußerung

verletzt. Die deutschen Gerichte hätten es versäumt, einen gerechten Ausgleich zwischen dem Recht des Beschwerdeführers auf Meinungsfreiheit und dem Persönlichkeitsrecht des Arztes herzustellen.

Ein Anspruch auf immateriellen Schaden sei aber abzulehnen. Deutschland müsse dem Beschwerdeführer jedoch seine Kosten und Auslagen i.H.v. 13,696.87 Euro erstatten.

Quelle: Pressemitteilung des EGMR v. 26.11.2015

» [weitere Nachrichten im Überblick](#)
